

Geheime Streichliste der Bahn zu Fehmarnbelt

Von Konstantin von Notz

Was wir als Grüne schon lange sagen, bestätigt nun die höchste Führungsebene der Deutschen Bahn: Für das ökologisch hoch riskante Prestige-Projekt einer festen Fehmarnbelt-Querung ist einfach kein Geld da. Die Landes- und Bundespolitiker müssen endlich aus ihrer verkehrspolitischen Träumerei aufwachen, aus dem Staatsvertrag aussteigen und sich seriösen Verkehrsprojekten zuwenden.

Vor kurzem wurde uns eine geheime Streichliste der Bahn zugespielt. Das Papier birgt enormen politischen Sprengstoff: Es enthält zahlreiche politisch gefeierte Prestigeprojekte, die nach Einschätzung der Bahn auf derzeitiger finanzieller Planungsbasis bis zum Jahr 2025 „nicht realisierbar“ seien. Ganz vorne mit dabei: Die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung.

Die Streichliste offenbart: Die Querung ist nicht nur ökologischer Irrsinn, sondern auch ein unseriöses Prestigevorhaben ohne jede finanzielle Substanz. Die Finanzierung der Schienenhinterlandanbindung steht weiterhin in den Sternen. Da hilft es auch nicht, dass die Kosten der Querung selbst von den Dänen übernommen werden sollen. Denn: Eine Brücke ohne Hinterlandanbindung ist genauso

viel wert wie ein Flughafen ohne Landebahn.

Leidtragende der finanzpolitischen Geisterfahrt sind die schleswig-holsteinischen Kommunen. Sie werden vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt: Entweder die Bahn realisiert - wenn überhaupt - die billigste Trassen-Variante und die Züge rauschen mitten durch die Ostseebäder - für die viele der tourismuspolitische Todesstoß. Oder die Trasse wird verlegt und die weiter explodierenden Kosten müssten in erheblichem Maße durch die Kommunen selbst aufgebracht werden. So oder so: Die Kommunen werden für die Planungsunfähigkeit von Bundes- und Landesregierung zur Kasse gebeten.

Angesichts der Tatsache, dass uns in der Vergangenheit viele schwarz-rot-gelbe Landespolitiker vorzugaukeln versuchten, die Realisierung des „Jahrhundertprojekts“ sei längst in trockenen Tüchern, bin ich auf die Antworten der durch die Streichliste der Bahn aufgeworfenen Fragen gespannt. Nun wäre es meines Erachtens nach endgültig soweit, aus den verkehrspolitischen Träumereien aufzuwachen, von der im Staatsvertrag vereinbarten Ausstiegsklausel Gebrauch zu machen und sich finanzierbaren und ökologisch sinnvollen Verkehrsprojekten zuzuwenden. ●

Gründung Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Die gesellschaftlichen Umbrüche, die wir durch Internet und Digitalisierung derzeit erleben, sind enorm, die Antworten der Politik bislang unzureichend. Ich freue mich, zukünftig als netzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion meinen Teil dazu beitragen zu dürfen, trag- und zukunfts-fähige Antworten auf diese für unsere moderne Wissens- und Informationsgesellschaft drängenden Zukunftsfragen zu formulieren.



Grüne auf der Demo "Freiheit statt Angst" am 12. September 2009 in Berlin

Wahlkreisbüro

Katharina Bartsch
Marc Ziegelitz
Hans Schneider
Marktstraße 8
23879 Mölln
Tel.: 04542 - 2830700
konstantin.notz@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Bettina Künzel
Jörn Pohl
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 72122
Fax.: 030 - 227 - 76822
konstantin.notz@bundestag.de

Der Kanister am Strand – und das Problem dahinter

Von Valerie Wilms

Ein wunderbarer Strandspaziergang bei bestem Sonnenschein, weite Sicht aufs Meer, klare Luft – und das alles am besten verbunden mit einem guten Gespräch. So sieht Erholung aus. Bis man dann zwischen Muscheln, Steinen und Algen einen zerkratzten Plastikkanister findet. Ärgerlich fragt man sich: Wer entsorgt so etwas am Strand? Und könnte nicht wenigstens die zuständige Kurverwaltung dafür sorgen, dass unsere Strände sauber bleiben?

Ganz sicher wäre es wünschenswert, wenn die Strände, auch angesichts knapper kommunaler Kassen, öfter gereinigt würden. Der Punkt ist nur: Selbst bei massiver Ausweitung der Reinigungsdienste ist das Problem kaum aus der Welt zu schaffen – denn der Kanister am Strand ist nur die kleine sichtbare Spitze eines Müllbergs ungeahnter Größe. Unsere Meere sind zur größten Müllkippe der Welt geworden. Trotz unzähliger globaler, europäischer und nationaler Initiativen zum Schutz der Meere müssen wir feststellen, dass wir damit vor allem in Nord- und Ostsee gescheitert sind.

Die Meere unseres Planeten werden gedankenlos als Deponie genutzt: Inzwischen schwimmen bei weitem mehr kleine und kleinste Plastikteilchen in den Ozeanen als Plankton. Die deutsche Bucht ist mit etwa acht Millionen Müllteilen heute das mit am meisten verschmutzte Gewässer.

Zuerst trifft es die Tiere: Vögel können Plastikteilchen nicht von Nahrung unterscheiden, füttern damit ihren Nachwuchs und sind bei ständigem Sättigungsgefühl unterernährt. Fast alle Nordseevögel sind heute von diesem Problem betroffen. Aber nicht nur Tiere sind die Verlierer: Der



Müll am Strand: Sieht lustig aus - ist es aber nicht

ärgerliche Plastikkanister am Strand ist weit weniger gefährlich, als die Substanzen, die ausgespült werden und über die Nahrungskette auch vom Menschen aufgenommen werden können.

Die Hauptursache des Problems liegt offenbar bei Schiffen, die vieles über Bord werfen, was nicht mehr gebraucht wird – und je stärker der Schiffsverkehr zunimmt, desto größer wird auch die Müllsuppe. Liest man die EU-Berichte zum Meeresschutz, fällt vor allem der ständige Konjunktiv auf: Könnte, sollte, müsste. Ideen gibt es viele und kooperiert wird auf allen möglichen Ebenen – mit äußerst mageren Ergebnissen.

Immerhin hat die Bundesregierung inzwischen in einem Bericht die desaströse Lage erkannt und darin auch Lösungsvorschläge gemacht. Vieles ist jedoch lokal gedacht und deswegen muss die Bundesregierung vor allem auf EU-Ebene verbindliche Maßnahmen durchsetzen: Genau wie zukünftig nur noch doppelwandige Tanker EU-Häfen anlaufen dürfen, muss auch die Müllentsorgung auf dem Schiff geregelt

sein. Wer europäische Häfen nutzt, muss eine Müllsammel- und Entsorgungsanlage an Bord haben und nachweisen, dass alles, was an Bord genommen wurde, auch wieder an Land kommt. Entsprechende Differenzen werden über die Hafengebühren in Rechnung gestellt. Würde ein solches System europaweit eingeführt, hätte dies zwangsläufig Auswirkungen auf die weltweite Schifffahrt. Und vielleicht könnten die Kommunen das Problem mit dem Kanister am Strand dann auch wieder allein lösen. ●

Wahlkreisbüro

Heinrich F. Kut
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 - 553985
Telefax 04101 - 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Matthias Schröder
Lucia Dietlmeier
Margret Wurm
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227-71682
Telefax: 030 - 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de

Merkel glaubt an die Kernfusion: Und wir an die ökologische Energiewende!

Von Ingrid Nestle

Auch in den letzten Monaten kamen in Berlin bei der Energiepolitik viele spannende Fragen auf den Tisch. Oft ist es frustrierend, aus der Opposition zu erleben, wie gute Politik durch Luftschlösser und Klimazerstörung ersetzt wird. Da freue ich mich über einen gelegentlichen Lichtblick ☺

Schwarze Energiepolitik 1:

Gebäudesanierung wird stranguliert

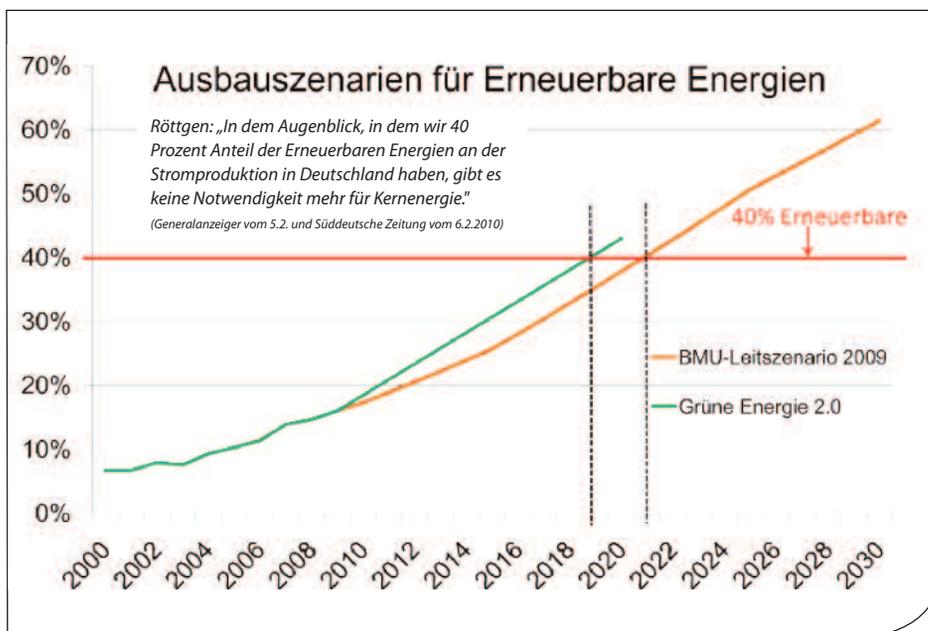
Gebäude in Deutschland verbuchen für Heizung und Warmwasser einen Anteil von mindestens 20 % des CO₂-Ausstoßes. Nicht nur deshalb haben staatliche Unterstützungen für Gebäudesanierung große Vorteile: für das Klima, weil jährlich viele Tonnen CO₂ eingespart werden; für die Verbraucherinnen und Verbraucher, weil sie ihre Heizkosten reduzieren; und für die Wirtschaft, weil jeder Euro staatliches Geld heute bereits mehr als fünf Euro private Investitionen in Bewegung setzt. Zehntausende von Arbeitsplätzen im Baugewerbe, Handwerk und im Bereich der erneuerbaren Energien werden so gesichert und neu geschaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben die Vorteile erkannt und so viele Fördermittel nachgefragt, dass für das Jahr 2009 die Mittel schon im August aufgebraucht waren! Die damalige Bundesregierung stellte 700 Millionen Euro aus kommenden Haushalten zur Verfügung. Doch trotz dieser überwältigenden Nachfrage will Schwarz-Gelb für 2010 die Gebäudesanierung nicht entsprechend fortsetzen! De facto kürzen sie die Mittel sogar um die Hälfte: mit 2,2 Milliarden Euro wurden letztes Jahr 1,45 Mio. Tonnen CO₂ eingespart, für 2010 sollen nur noch 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehen!

Schwarze Energiepolitik 2:

Kernfusion vernebelt Blick nach vorn

Frau Merkel hat in einer Videobotschaft ihre „Zukunftsvision“ beschrieben: Die Lösung aller Energieprobleme würde



Hier hat der Bundesumweltminister richtig erkannt: Atomkraft ist überflüssig, weil spätestens 2022 die erneuerbaren Energien 40% des Stromverbrauchs decken

durch die Kernfusion geschehen, welche „uns unendliche Mengen von Energie“ zur Verfügung stellen könne. Genau das haben die Menschen vor 50 Jahren von der Kernspaltung auch gedacht – eine fatale Illusion. Merkel will also auch langfristig nicht aus der Atomenergie aussteigen. Der Weg zur Erneuerbaren Stromversorgung soll auf Dauer verbaut werden.

Ein kleiner Lichtblick: Röttgen findet Laufzeitverlängerungen überflüssig

Umweltminister Röttgen hingegen findet Atomkraft überflüssig, sobald die Erneuerbaren 40% des Stromverbrauchs bereitstellen können. Das ist unserer Meinung nach spätestens 2020, nach den Szenarien seines Hauses 2022 der Fall: Eine Punktlandung! Denn nach dem bestehenden Ausstiegsgesetz geht 2022

als letztes Atomkraftwerk Neckarwestheim II vom Netz. ●

Wahlkreisbüro Flensburg
Ellen Kittel-Wegner
im Aufbau
ingrid.nestle@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Kiel
Claudia Prehn
Wilhelminenstr. 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 - 55 78 262
Telefax 0431 - 55 78 224
ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

Bundestagsbüro
Dagmar Kersten
Markus Meyer
Sarah Elze
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227-71500
Telefax: 030 / 227-76063
ingrid.nestle@bundestag.de

▶ www.ingrid-nestle.de

